



## **Generalrede zum Budget 2019 von GR<sup>in</sup> Bedrana Ribo Grüner Gemeinderatsklub**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Geschätzte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie!

*„Mit mehr als 300 Mio. Euro weisen wir das höchste je in Graz dagewesene Sozialbudget aus. Es ist ein Budget der sozialen Wärme, das den Schwächsten unserer Gesellschaft hilft.“* Mit diesen Worten präsentierte Bürgermeister Nagl der Öffentlichkeit das Budget 2019. Eine für wahr vollmundige Ankündigung, doch schauen wir einmal, was hinter diesen großen Worten steckt.

Unter dem Titel „Soziale Wohlfahrt“ sind heuer rund 304 Mio. € im Budget ausgewiesen. Tatsächlich gibt die Stadt aus ihren Mitteln jedoch weniger als die Hälfte dieses Betrages aus, schließlich finanziert das Land 60% der Sozialausgaben. Vergleicht man die Sozialbudgets 2018 und 2019, so ergibt sich eine Steigerung von 4,44%. Stellt man die Gesamtausgaben der Ordentlichen Gebarung der Budgets 2018 und 2019 gegenüber, so kommt man hier insgesamt auf eine Steigerung von 5,3%.

Soweit also die unspektakulären Zahlen zu den Superlativen des Bürgermeisters vom Budget der „Sozialen Wärme“. Ja, die Eckwerte der einzelnen Ressorts und so auch jene im Bereich Soziales steigen, das ist in einer stark wachsenden Stadt allerdings keine Sensation. Und wir überschreiten im Sozialbereich jetzt eben mit den 300 Mio. eine runde Zahl, das war es dann auch schon. Dass Bürgermeister Nagl ein exzellenter Verkäufer und großer Ankündiger ist, das wissen wir nicht erst seit der Budgetpressekonferenz, dazu aber später mehr.

Noch ein Blick in die Detailzahlen des Budgets Soziale Wohlfahrt: diese zeigen uns, dass die Mittel für die bedarfsorientierte Mindestsicherung 2019 deutlich sinken werden. Waren für heuer noch 49,3 Mio. budgetiert, so sind es für 2019 41,5 Mio. €. Die Gründe dafür, dass erfreulicherweise nicht mehr so viele Menschen in unserer Stadt

auf Mindestsicherung angewiesen sind, liegen ganz klar in der derzeitigen positiven Konjunkturlage und der damit einhergehenden Erholung am Arbeitsmarkt.

Die Mindestsicherung ist ja auch das Dauerthema von Schwarz-Blau, sowohl auf Bundesebene als auch in der Grazer Stadtpolitik. Doch wenn Schwarz oder Blau bei ihren medialen Auftritten von der Mindestsicherung sprechen, dann ist von Sozialer Wärme nichts zu spüren, dann geht es nämlich ausschließlich um Missbrauch. Ohne seriöse Daten und Fakten wird dann permanent so getan, als ob dies unser wesentlichstes Problem im Zusammenhang mit der Mindestsicherung und mit Armutsprävention wäre. Die angeblich so vielen Missbrauchsfälle, die unseren Sozialstaat ausbeuten!

Entsprechend werden von Schwarz-Blau dann auch Maßnahmen zur Missbrauchsbekämpfung präsentiert, wie beispielsweise den städtischen Erhebungsdienst. Die staunende Öffentlichkeit erfährt dann, dass ganze 5 (!) Fälle seit Anfang September vom Sozialamt zur Überprüfung an den Erhebungsdienst weitergeleitet wurden. Das sieht ja wirklich nach massiven Missständen aus.

Die Missbrauchsdebatte begleitete auch die Reform der Sozialcard, die sich Schwarz-Blau als großen Erfolg anheftete. Heizkostenzuschuss und Weihnachtsbeihilfe müssen Sozialcard-InhaberInnen seither extra online beantragen, damit die Hilfe treffsicher wird. Als ob eine einmalige Hilfe von 50 € an Haushalte, die von Mindestsicherung oder Notstandshilfe leben müssen, tatsächlich ihr Ziel verfehlen könnte! Jeder dieser Menschen muss schauen, wie er am Monatsende über die Runden kommt. Und da machen Sie sich Sorgen, dass 50 € falsch ankommen?

Damit aber nicht genug, die Weihnachtsbeihilfe wird nur mehr in Form von Gutscheinen ausgegeben, denn - nächster Generalverdacht - die Leute verschleudern die Beihilfe sonst womöglich für Glücksspiel, Zigaretten und Alkohol. So sieht das Menschenbild von Schwarz-Blau aus! Wer arm ist, dem ist potenziell nicht zu trauen. Dass diese Systemumstellung dann auch noch mit sehr viel Bürokratie und mit zusätzlichen Verwaltungskosten verbunden war, das wird hingenommen, wenn es nur um die „richtige“ politische Botschaft geht.

Das wirkliche Drama ist aber die Stimmung, die ÖVP und FPÖ damit in der Gesellschaft erzeugen. Ganz wesentlich für einen Sozialstaat ist Solidarität und diese bröckelt, wenn Sie ständig trommeln, dass unser Sozialsystem ausgenutzt wird und „unsere“ Steuern missbräuchlich verwendet werden. Sie trommeln diese Botschaft, ohne entsprechende Fakten und Daten, mit ihrer Rede von der sozialen Hängematte

säen sie Neid und Missgunst. Auch der Ausschluss von anerkannten Flüchtlingen vom Zugang zu Gemeindewohnungen, den Schwarz-Blau beschlossen hat, passt in dieses Bild.

Worüber sollten wir reden, wenn wir von der Mindestsicherung und von Sozialbudgets reden? Wir sollten uns beispielsweise darüber Gedanken machen, wie wir Menschen nachhaltig aus der Armut bringen. Wir sollten Initiativen setzen, damit die Armut nicht weitervererbt wird, damit auch Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien erfolgreich einen Schulabschluss und eine Berufsausbildung schaffen. Wie schlecht wir hier im Europavergleich liegen, das wissen wir schon lange. Das wären Investitionen, die ganz oben auf der Prioritätenliste stehen müssten.

Wir Grüne haben heuer gleich zwei Anträge zum Thema eingebracht. Wir haben beantragt, dass es für alle Kinder in Graz kostenlose Nachhilfe geben soll und wir haben beantragt, dass es eine Bildungsberatung und -unterstützung für die Kinder von MindestsicherungsbezieherInnen geben soll. Für beides gibt es Modelle in anderen Städten. Das wäre eine Gelegenheit gewesen, um Soziale Wärme zu zeigen, ÖVP, aber ihr habt beide Anträge gemeinsam mit eurem Koalitionspartner weggestimmt.

Eine wichtige und sinnvolle Investition wäre es auch, als Stadt endlich aktiv zu werden, wenn es um die sogenannten Brennpunktschulen geht. Ich weiß schon, für die Lehrkräfte sind Bund und Land zuständig, aber niemand wird die Stadt aufhalten, weitere SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, zusätzliche Sprachförderung etc. anzubieten und zwar noch in deutlich höherem Ausmaß als bisher. Das kostet natürlich, aber das wären Investitionen in die Zukunft, die letztendlich allen zugute kommen.

Und hier komme ich nun zu meiner zentralen Frage zu diesem Budget. Wo investiert die Stadt? Welche Projekte bekommen die höchste Priorität und wer profitiert davon? Der Kurs von Schwarz-Blau ist inzwischen klar ersichtlich: Ein Prestigeprojekt jagt das nächste, das aktuellste haben wir heute auch auf der Tagesordnung, die Gondel auf den Plabutsch. Und die Projekte des Bürgermeisters werden immer mit großer Show angekündigt, mit Superlativen bedacht und mit viel Geld ausgestattet. Da ist dann auch eine Kostensteigerung um mehr als 12 Mio. € wie bei der Plabutschgondel egal. Was kostet die Welt, wenn man sich selbst ein Denkmal setzen will?

Die Tiefgarage am Eisernen Tor, die noch mehr Autos in die Innenstadt gebracht hätten und Olympische Spiele 2026, ein finanzielles Hochrisikoprojekt, blieben den Grazerinnen und Grazern zum Glück erspart. Nun stehen auf der aktuellen Prestige-

projekt-Liste des Bürgermeisters die Augartenabsenkung und die Plabutschgondel. Weder das eine noch das andere Projekt werden von der Grazerinnen und Grazern gewünscht oder gar herbeigesehnt. Beide Projekte werden trotz Protesten und ohne die Einbeziehung der BürgerInnen wohl umgesetzt.

Das sind die Investitionen und Innovationen, die der Bürgermeister meint. Große Projekte - gebaute Projekte - Denkmäler. Wir meinen, dass Innovation und Investition anders gedacht werden sollten. Nehmen wir doch Geld in die Hand und schaffen zusammen etwas Großes und Nachhaltiges für diese Menschen. Eröffnen wir allen Kindern in dieser Stadt Bildungschancen, investieren wir, um Menschen neue Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben zu geben und investieren wir in unsere Umwelt und in den Klimaschutz.

Die derzeitige Konjunktorentwicklung lässt Investitionen zu. Wir haben durch die gute Konjunktur steigende Einnahmen bei den Steuern und bei den Ertragsanteilen und auch die Zinsbelastung ist derzeit historisch tief. Wir müssen uns nicht an der Bundesregierung orientieren, wir können einen anderen Weg gehen, Modellregion für wirklich große, nachhaltige Projekte werden. Prioritätensetzung bei den Investitionen heißt für uns auch, Geld für die Daseinsvorsorge in die Hand zu nehmen. Wo wir hier die Defizite, die Notwendigkeiten und den Ausbaubedarf sehen, darauf wird mein Kollege Klubobmann Dreisiebner noch in seiner Rede zu sprechen kommen.

Was uns als Grüne in diesem Budget besonders fehlt – und ich darf hier für die heute leider erkrankte Umweltstadträtin sprechen - ist ein klares und in Zahlen messbares Bekenntnis zum Klimaschutz. Die Folgen des Klimawandels sind schon lange vor unserer Haustüre angekommen und beeinträchtigen die Lebensqualität der Menschen in dieser Stadt massiv. Wenn wir ernst nehmen, was uns die Natur durch Hitzeperioden, Tropennächte, Starkregenereignisse und Stürme mit orkanartigen Böen in den letzten Jahren dramatisch vor Augen führt, dann müssen wir – und ich meine WIR ALLE, wie wir hier sitzen - sämtliche Hebel in Bewegung setzen, um den erst kürzlich von Umweltstadträtin Wirnsberger vorgelegten Aktionsplan 2022 auch umsetzen zu können.

Das bedeutet in ALLEN Ressorts dafür sichtbar budgetäre Vorsorge zu treffen, dass wir endlich wieder eine positive Grünraumbilanz ziehen können (und uns nicht mit einer Stagnation oder gar weniger Grün zufrieden geben), dass wir Geld dafür in die Hand nehmen, asphaltierte Flächen im großen Stil zu entsiegeln und wieder atmungsaktiv zu machen. Dass wir Geld in die Hand nehmen, um in den besonders benachteiligten Bezirken wie Lend, Gries oder Jakomini die Lebensqualität spürbar

und konsequent zu erhöhen – durch eine kluge Stadtentwicklung, die mit einer saten Ausstattung mit Grünflächen, Bäumen und natürlicher Beschattung einhergeht. Auf dem Papier haben wir uns im letzten Gemeinderat dazu bekannt, einstimmig. Dass den Worten auch Taten folgen werden, bildet sich in diesem Budget leider nicht ab.

Und noch ein Wort zur Prioritätensetzung von Schwarz-Blau. Es geht Ihnen, wie ausgeführt um Prestigeprojekte, aber es geht Ihnen auch darum, diese gut zu verkaufen. Da leistet man sich bei ÖVP und FPÖ schon einmal was. Gleich 5 neue Dienstposten in der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Information, das führt dann zu einer Budgetverdoppelung. Damit nicht genug, Schwarz-Blau gönnt sich auch eine eigene „Koalitionswebsite“, wo exklusiv das ruhmreiche Wirken der ÖVP-FPÖ-Regierer beworben wird.

Was sich hier unter ÖVP und FPÖ immer mehr durchzusetzen, ist eine Selbstbedienungsmentalität. Die Öffentlichkeitsarbeit wird aufgebläht, die Standards werden gelockert - Stichwort Kopfverbot - und auch die Objektivierungsrichtlinien für die Personalaufnahme eröffnen noch mehr Spielraum für die Postenbesetzung in Schwarz-Blau. Dass die FPÖ hier gerne mitspielt, weiß man. Wie hat es ein blauer Landesrat so treffend formuliert? „Es gibt ein demokratisches Recht aufs Umfärben“.

Was bleibt noch zu diesem Budget zu sagen? Transparenz sieht wieder einmal anders aus. Es würde wohl einige Grazerinnen und Grazer interessieren, wie viel die Stadt an Klub- und Parteienförderung auszahlt und ob diese heuer erhöht wurde. Aus dem Budget lässt sich diese Information beim besten Willen nicht rauslesen, es sei denn, man weiß, wo genau die entsprechenden Zahlen im Budget versteckt sind. Früher gab es zumindest noch zum Budget eine Subventionsliste mit Auflistungen der Parteien, der Klubs und der Förderbeträge. Wie argumentieren Sie diese Praxis? Womöglich mit Datenschutz? Bei allen anderen Subventionen legt die ÖVP immer großen Wert auf Transparenz, zu diesem Zweck wurde eigens sogar die berühmte - weil nicht funktionstüchtige - Transparenzdatenbank beim Bund eingerichtet. Wenn es ums eigene Geld geht, dann will man von Transparenz allerdings nichts mehr wissen.

Das Budget 2019 ist ein Budget mit deutlich steigenden Eckwerten der einzelnen Ressorts und daran ist auch nichts auszusetzen. Immerhin leben wir auch in einer stark wachsenden Stadt und mit der Zahl der Bevölkerung wachsen die städtischen Aufgaben. Ob die heurigen Steigerungen von rd. 5% auch der Kurs der nächsten Jahre sein kann, das ist jedoch zu bezweifeln. Die Spielräume, die höhere Einnah-

men schaffen, müssen für nachhaltige Investitionen in die Zukunft genutzt werden. Investitionen in die Zukunft unserer Stadt und der Menschen, die hier leben.

ÖVP und FPÖ setzen weiterhin auf teure, dafür aber so gar nicht nachhaltige Prestigeprojekte und inszenieren sich selbst, mit unserer Stadt als Event-Location im Hintergrund. Dieses Streben nach immer mehr und immer teurerem Polit-Marketing samt farblich abgestimmter Personal- und Klientelpolitik und schließlich die in Zahlen gegossene Versäumnisse, ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, sind für uns Grüne die wichtigsten Gründe, diesem Budget die Zustimmung jedenfalls zu verweigern.